

# Parlamentarische Krise und Präsidialsystem

## Die Tolerierungspolitik der SPD

### Erklärung der SPD-Reichstagsfraktion vom 18. Oktober 1930

Wenn mit der Hilfe der sozialdemokratischen Fraktion die Misstrauensanträge gegen das Kabinett Brüning angenommen worden wären, so hätten sich folgende politischen Möglichkeiten ergeben:

1. Rücktritt des Kabinetts Brüning. Es erhält vom Reichspräsidenten Hindenburg die Vollmachten zur Weiterführung der Regierungsgeschäfte. Da dieses geschäftsführende Kabinett keine Mehrheit für seine Maßnahmen findet und eine erneute Auflösung [des Reichstages] von keiner Seite befürwortet wird, weil sie so bald nach der letzten Wahl wohl keine Verbesserung verspricht, so müsste es gegen den Reichstag regieren. Das bedeutet, dass sich eine solche Regierung nur unter Ausschaltung des Reichstages im Amt halten könnte. Der Diktaturartikel 48 der Reichsverfassung würde dann dauernd auf alle Gebiete des wirtschaftlichen, sozialpolitischen und staatsbürgerlichen Lebens angewendet werden. Nicht nur der Reichstag, sondern auch jeder einzelne Staatsbürger würde seine durch die Verfassung garantierten Rechte verlieren. Wann sie wiedergewonnen werden könnten, ist ganz ungewiss. [...]
3. Auftrag an den deutschnationalen Parteiführer Hugenberg zur Bildung einer Rechtsregierung mit Einschluss der Nationalsozialisten. Diese Regierung wäre nur eine verschleierte Hitler-Regierung. Da auch die Rechtsparteien keine parlamentarische Mehrheit haben, könnte sich eine solche Regierung nur halten, wenn sie vom Zentrum toleriert wird. Die Nationalsozialisten wollen aber gar nicht parlamentarisch regieren. [...]

- Die Sozialdemokratie ist jeden Tag in der Lage, mit Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen die Regierung zu stürzen, sie kann aber unmöglich mit solchen Bundesgenossen eine neue Regierung bilden. Deshalb und weil die Sozialdemokraten vom Gefühl der Verantwortung für die arbeitende Klasse durchdrungen ist, lehnte sie jetzt die Zustimmung zu den Misstrauensanträgen anderer Parteien ab. Und zwar solcher Parteien, die, wie die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen, offen arbeiterteindlich sind, oder, wie die Kommunisten, durch ihre Taktik nicht zur Sicherung der Arbeiterklasse, wohl aber zur Stärkung des Faschismus beitragen. [...]

In: H. Michaelis u. E. Schaepler (Hrsg.): *Ursachen und Folgen*, München 1959 (Bd. 8), S. 114ff.

Wer nichts weiß,  
muss alles glauben!

Marie von Ebner-Eschenbach

HK 2018/2019



Die  
Weimarer Republik  
(1919-1933)